

Kämpfen fürs Kirchenasyl

Der Verein »matteo« kritisiert in Augsburg den harten Kurs der Innenminister

Augsburg. Mit Kirchenasylen kennt sich Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam aus. Die Pfarrerin der Dreifaltigkeitskirche im Augsburger Stadtteil Göggingen ist Gründungsmitglied und Vorsitzende des ökumenischen Vereins »matteo«. Das Netzwerk christlicher Flüchtlingsarbeit in Bayern berät Gemeinden bei der Entscheidung für ein Kirchenasyl und bietet ihnen Hilfestellung.

Kapp-Kleineidam weiß daher, dass es »ein unglaublicher Aufwand ist, jemand für anderthalb Jahre im Kirchenasyl zu haben«. Auch für die betroffenen Flüchtlinge sei es schwer, eine so lange Zeit an einem eng umgrenzten Ort zu leben, machte die Pfarrerin jetzt bei der Mitgliederversammlung von »matteo« in Augsburg deutlich.

Hintergrund sind die im vergangenen Juli von der Innenministerkonferenz beschlossenen Verschärfungen beim Kirchenasyl. Diese zeigen offenbar Wirkung

bei den Kirchengemeinden. »Uns brechen derzeit Kirchenasylplätze weg, die wir dringend brauchen«, sagt »matteo«-Geschäftsführer Stephan Reichel. Der Hauptgrund sei eine Verlängerung der sogenannten Überstellungsfrist von sechs auf 18 Monate. »Viele Gemeinden sagen: Wir können doch keine anderthalb Jahre Kirchenasyl machen«, berichtet Reichel.

Die Überstellungsfrist regelt, wie lange ein Asylbewerber in das europäische Land zurückgeschickt werden darf, über das er nach Deutschland eingereist war. Sie liegt derzeit bei sechs Monaten. Danach geht die Zuständigkeit für die Betroffenen auf Deutschland über. Mit einem Kirchenasyl für besondere Härtefälle wird diese Zeitspanne oft überbrückt. Die Innenminister legten fest, dass die Frist auf 18 Monate erhöht werden kann, wenn Kirchengemeinden nach Ansicht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Verfahrens-

regeln nicht einhalten. Dies schrecke Gemeinden immer wieder ab, ein Kirchenasyl anzubieten, meint Stephan Reichel: »Wir brauchen aber weiterhin viele Plätze, weil es immer wieder Härtefälle gibt.«

Verein kündigt Klagen an

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte die Neuregelung kritisiert. Zuletzt hatte sich die Synode der EKD bei ihrem Treffen in Würzburg dafür ausgesprochen, mit der Politik über die Verschärfungen zu verhandeln. Die Synodenalnen wiesen dabei auch darauf hin, dass sie die Fristverlängerung auf 18 Monate für rechtswidrig halten.

Auch »matteo«-Geschäftsführer Reichel macht klar: In Fällen, in denen das BAMF die 18-Monatsfrist durchsetzen will, werde man klagen. In einem Fall habe man bereits einen Erfolg vor Gericht erzielt. Reichel zeigt sich

»zuversichtlich, dass die Frage bald juristisch geklärt sein wird« – soll heißen: von einem höchstenstanzlichen Gericht entschieden. Derzeit befinden sich nach seinen Angaben in Bayern etwa 100 Menschen im Kirchenasyl. Die Zahl sei gesunken, auch weil es weniger Asylbewerber gebe.

Der Verein »matteo« wurde im Oktober 2017 gegründet. Er ist ein ökumenisches Netzwerk christlicher Flüchtlingsarbeit und hat derzeit 230 Mitglieder. Bei der Mitgliederversammlung in Augsburg ging es neben dem Kirchenasyl auch um die bayerische Flüchtlingspolitik. So kritisierte die ehemalige Grünen-Landtagsabgeordnete Christine Kamm, die ebenfalls Mitglied von »matteo« ist, dass es in bayerischen Ankerzentren keinen geregelten Zugang zu einer Asylverfahrensberatung für Flüchtlinge gebe. Ebenso fehle es an therapeutischer Unterstützung für traumatisierte Flüchtlinge.

Andreas Jalsovec